

Seite	Ergebnisse
25	...en. Es soll geprüft
25	...tzung wird geprüft
26	...gebnisoffen geprüft
26	...erden soll. Geprüft
26	... Es soll geprüft w
27	...ellt. Geprüft wi
28	...f Ökostrom geprüft
28	...ategie soll geprüft
28	...hinaus soll geprüft
28	... die Kosten geprüft
30	...megebühren geprü
31	... Zweck soll geprüft
31	...rte Fläche geprüft v
31	...lternativen geprüft
31	...ohlwollend geprüf
33	... Es soll geprüft w
33	... Es soll geprüft w
33	...terhin soll geprüft
33	... Es soll geprüft w
34	...r Kriterien geprüft
35	... der Straße geprüft
35	...gebnisoffen geprüf
36	...y-Maut soll geprüf
36	...itte sollen geprüft
37	...n. Es soll geprüft v
37	... Es wird geprüft,
37	...ege werden geprüf
37	... zudem soll geprüf
39	...ütern wird geprüft.
39	... am Wasser, geprüf

# Kein Durchbruch, kein Konzept, kein Modell

## Stellungnahme *Grüner Linker* zum Koalitionsvertrag zwischen der GAL und der CDU in Hamburg

### Inhalt:

1. Die Wahl und das Wahlergebnis
2. Anmerkungen zum Koalitionsvertrag
3. Stellungnahme zum Koalitionsvertrag
4. Anhang Pressereaktion: Kommentar zur den Bürgerschaftswahlen und dem Koalitionsvertrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

„Wer nur mit einem Flügel fliegen will, der dreht sich noch eine Weile um sich selbst - und stürzt dann ab.“

### 1. Die Wahl und das Wahlergebnis

Objektiv betrachtet waren die Voraussetzungen für die GAL, die sich in der Opposition zum Teil hervorragend profilieren und positionieren konnte, zur Hamburger Bürgerschaftswahl außerordentlich gut: die absolute CDU-Mehrheit und zuvor das Mitte-Rechts-Bündnis mit dem Rechtspopulisten Schill hatte der CDU viel von ihrem Ansehen und ihrer Glaubwürdigkeit genommen, Grüne Themen (Bildungsreform, Kreative Stadt, Verhinderung des Steinkohlekraftwerks Moorburg und der Elbvertiefung, Abschaffung der Studiengebühren etc.) konnten gut gesetzt werden, die Umfragewerte für die GAL waren

folglich stabil und hoch. In der Nachfolge der Hessen-Wahl schloss jedoch Krista Sager drei Wochen vor der Bürgerschaftswahl plötzlich ein Bündnis mit der CDU nicht mehr aus:

„Doch die Debatte über Schwarz-Grün hat der Partei bei der eigenen Anhängerschaft massiv geschadet, wie Christa Goetsch unumwunden einräumte. Lagen die Grünen monatelang in den Umfragen bei zwölf Prozent, rutschten sie mittlerweile auf neun bis zehn Prozent ab. Da hat es der Partei nicht mehr viel genützt, dass der Landesvorstand kürzlich die Notbremse zog und erklärte, es gebe zu viele inhaltliche Differenzen mit der Union, als dass Koalitionsgespräche eine Grundlage hätten. Mit der Linkspartei ist den Grünen auch in der Hansestadt eine Konkurrenz erwachsen, die sie lange unterschätzt hat und nun bitter zu spüren bekommt.“ (in: *Die Welt*, 19.02.2008)

In der Folge erreichte die GAL schließlich nur 9,6% (- 2,7 Prozentpunkte gegenüber den vorherigen Bürgerschaftswahlen). Verluste waren zu verzeichnen an die SPD (- 10.000 Stimmen), an die PDL (- 6.000) und an die Nichtwähler (- 16.000). Bei den unter 30-jährigen musste die GAL gar einen Einbruch von - 8 Prozentpunkten hinnehmen, während sich die Stimmenzuwächse aus dem Mitte-Rechts-Lager mit (+ 1.000 von der CDU) in einem nicht nennenswerten Bereich bewegten.

Dennoch entschied sich die GAL – aus unsere Sicht leider ohne eine wirklich ausführliche Analyse und Diskussion der Wahlniederlage – schnell und zielstrebig für Koalitionsverhandlungen mit der CDU Ole von Beusts. Der gesamte Prozess wurde bundesweit in den Medien breit begleitet und stand deutlich unter den Motto: „Neue Bündnisoptionen für CDU und Grüne im Fünf-Parteien-System“. Am 27. April 2008 wird die Mitgliederversammlung der GAL über den nun ausgehandelten Koalitionsvertrag in geheimer Abstimmung zu befinden haben. Es wäre das erste Bündnis auf Landesebene zwischen der CDU und einem Grünen Landesverband.

Wenn die GAL tatsächlich Koalitionsverhandlungen mit der CDU geführt hat, um eine Große Koalition in Hamburg zu verhindern, dann muss der Beurteilungsmaßstab für die Verhandlungsergebnisse auch sein, was gegenüber einer Großen Koalition mehr erreicht oder verhindert wurde.

## **2. Anmerkungen zum Koalitionsvertrag**

Der Koalitionsvertrag umfasst 65 Seiten und gliedert sich in elf Abschnitte. **Positiv herauszustellen** ist mit Sicherheit, dass nach dem Jahr der Erkenntnis 2007 in Sachen Klimaschutz erstmals verbindliche Rahmenbedingungen und Handlungsmaximen für Hamburg vereinbart wurden. Genannt sei hier das Ziel, eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung um 40% zu erreichen sowie einige wenige Verbesserungen im ÖPNV. Ebenfalls als Erfolg zu bezeichnen sind die Einführung eines Sozialtickets – zur Erinnerung: ein solches wurde bspw. in Berlin gerade abgeschafft –, die Schaffung von 4000 Jobs im Umfeld des Programms soziale Stadt, der Neubau von Sozialwohnungen und der Abschiebestopp für afghanische Familien sowie die Fortführung der Arbeit der Härtefallkommission. Alles keine Selbstverständlichkeiten für die CDU.

Wir dokumentieren hier in der Folge die aus unserer Sicht wichtigsten Verhandlungsergebnisse und berücksichtigen dabei vor allem die in der allgemeinen politischen Debatte und im Hamburger Wahlkampf **besonders hervorgetretenen Themen**, da sich besonders an diesen die Fragen nach dem inhaltlichen Erfolg oder Misserfolg und der Tragfähigkeit solch neuer Lagerbündnisse sehr gut beantworten lassen.

Dabei betonen und respektieren wir ausdrücklich die autonome Verantwortung der GAL bei landespolitischen Entscheidungen. Ebenso wünschen wir unseren Parteifreunden in Hamburg genug Kraft zur Durchsetzung unserer grünen Ziele und ggf. genug Mut das Experiment nicht zustande kommen zu lassen bzw. zu beenden, falls sich diese Ziele nach Maßgabe der Landesmitgliederversammlung in dieser Konstellationen nicht ausreichend

verwirklichen lassen. Selbstverständlich sagen wir der GAL auch unsere Unterstützung bei den von ihr getroffenen Entscheidungen zu.

### **Bildungspolitik**

Bei der Abschaffung der **Studiengebühren** konnte sich die GAL nicht durchsetzen. Stattdessen wurde vereinbart, die Studiengebühren von € 500 auf € 375 pro Semester herabzusetzen und diese nachgelagert für „alle Semester, für die jemand eingeschrieben war“, zu erheben. „Die Rückzahlungspflicht ergibt sich bei Erreichen der Einkommensgrenze von € 30.000 brutto pro Jahr innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren nach Verlassen der Hochschule.“ Eine Berücksichtigung besonderer Lebenslagen findet jedoch nicht statt. Dies trifft insbesondere Studierende mit Kind oder solche, die sich – in welcher Form auch immer – neben dem Studium gesellschaftspolitisch/kulturell engagieren. Anfallende Zinsen sollen von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Positiv: „Etwa 50 weitere Schulen werden zu gebundenen **Ganztagschulen** ausgebaut.“ Unklar bleibt hierbei jedoch die **Mittagsversorgung** für alle Kinder/Jugendlichen.

In der systemischen und gesellschaftspolitischen Differenz zwischen Konservativen (Eliteförderung, Aussortieren) und Grünen (längeres gemeinsames Lernen, Integration) wurde folgender Kompromiss vereinbart: „Das **allgemeinbildende Schulwesen** gliedert sich künftig in die Primarschule, das Gymnasium und die Stadtteilschule. Die Primarschule umfasst die Grundstufe mit den Jahrgangsstufen 0 bis 3 und die Unterstufe mit den Jahrgangsstufen 4 bis 6. Das Gymnasium besteht aus Mittelstufe (Jahrgangsstufen 7 bis 9/10) und gymnasialer Oberstufe (Jahrgangsstufen 10/11 bis 12). Die Stadtteilschule besteht aus Mittelstufe (Jahrgangsstufen 7 bis 10) und gymnasialer Oberstufe (Jahrgangsstufen 11 bis 13). Die Stadtteilschulen ermöglichen durch Differenzierung und Individualisierung des Lernens den Erwerb des Hauptschulabschlusses, des Realschulabschlusses sowie der Allgemeinen Hochschulreife; der Bildungsgang des Gymnasiums ist auf den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife ausgerichtet.“

Durch das System der Primar- und Stadtteilschulen wird **die Hauptschule faktisch abgeschafft**. Das Problem der notwendigen Zusammenführung von Schülern aus unterschiedlicher soziographischer Herkunft in den Stadtteilschulen zeichnet sich in dieser Kompromisslösung allerdings bereits jetzt ab. Problematisch ist aus unserer Sicht auch: durch die **Doppelstruktur der Stadtteilschulen und Gymnasien** scheint uns das Problem der Schaffung von (auch soziographisch bedingten) Elitestrukturen im Schulsystem nicht grundsätzlich gelöst. Das zweigliedrige Schulsystem, welches in Hamburg zukünftig etabliert werden soll, entspricht den bildungspolitischen Vorstellungen, die Ole von Beust in der letzten Wahlkampfphase vertreten hat. Insofern wird also die CDU-Politik umgesetzt werden. Hinzu kommt, dass lediglich die Grundschulphase ausgeweitet wird, das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens vs. Selektion findet jedoch keine Anwendung. Zu befürchten ist daher, dass es somit nicht zur eigentlich grünen Idee von „Eine Schule für alle“ kommt, sondern vielmehr zur Verfestigung der Trennung – dann nach 6 Jahren – und somit die von uns angestrebte Zugangsgerechtigkeit zu möglichst hoher Bildung für alle keineswegs Realität wird. Für den Übergang auf das Gymnasium liegt die Entscheidung allein bei der Zeugniskonferenz. Bei abweichender (Eltern-) Meinung bleibt nur ein Aufnahme-Prüfungsverfahren. Auch darin zeigt sich die Festschreibung der „Auslese“. Faktisch kommt dies insgesamt für uns einem Bären dienst für das grüne Modell gleich, da es die Gliedrigkeit des Schulsystems auf Dauer zementiert, zumal der schwierige Charakter von Schulreformen ein einmal etabliertes System auf lange Zeit festschreibt.

Die Frage der **Lehr- und Lernmittelfreiheit** wird außerdem lediglich als Prüfauftrag vermerkt.

Äußerst enttäuschend ist der Abschnitt zur **frühkindlichen Bildung und Erziehung** – diese Begriffe kommen nicht einmal vor, lediglich von Kinderbetreuung und im weiteren „Betreuung“ ist die Rede, im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frühkindliche

Bildung jedoch ist wesentlich mehr, stellt die Persönlichkeitsbildung und –Entwicklung in den Mittelpunkt und zielt auf individuelle Förderung von Anfang an – in enger Kooperation von Eltern und ErzieherInnen, die die Verantwortung teilen. Auch die Problematik: „starke Kinder brauchen starke Eltern“ wird faktisch nicht berücksichtigt. Vielmehr heißt es im Kapitel Familie: „Die Erziehung der eigenen Kinder ist vorrangig Aufgabe der Eltern.“

### Sozialpolitik

Gerade von einer Landesregierung mit grüner Beteiligung wären für uns **Bundratsinitiativen** zur Bekämpfung der zum Teil dramatischen sozialen Entwicklungen (Kinder- und Familienarmut, verdeckte Armut, working poor) im Sinne unserer aktuellen sozialpolitischen Ziele zu erwarten gewesen (etwa zur Etablierung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder und Jugendliche, eine Anhebung der Regelsätze für alle auf die Höhe des soziokulturellen Existenzminimums etc.).

Positiv: „Die Koalitionspartner verständigen sich auf die Einführung eines **Sozialtickets** in Form eines Preisnachlasses auf Zeitkarten in Höhe von 18 Euro. Der Bezug einer solchen Zeitkarte soll in Form eines auf den benötigten Zeitraum begrenzten Abonnements möglich sein.“

Sozialpolitisch werden **AsylbewerberInnen** (hier „Flüchtlinge“ genannt) leider nicht einmal erwähnt.

### Ökologie/Klimaschutz

Nur ein ernüchternder Satz findet sich zum **Steinkohlekraftwerk Moorburg** im Koalitionsvertrag: „Die zuständige Behörde entscheidet rechtlich über die Genehmigungs- und Erlaubnisanträge zum Bau eines Kohlekraftwerks in Moorburg.“ Eine hier postulierte Entscheidung auf der Grundlage der bestehenden Gesetzeslage bedarf keiner Festlegung in einem Koalitionsvertrag. Die Hoffnung auf das „Wasserrecht“ – von der bei einigen optimistischen VertreterInnen der GAL die Rede ist – könnte sich als äußerst trügerisch erweisen. Schon einmal hat diese Hoffnung getrogen: auch das große Braunkohlevorhaben Garzweiler II in NRW konnte damit nicht verhindert werden.

Angesichts der großen Gewinne der vier großen Energieoligopolisten, zu denen Vattenfall Europe zählt, ist die europaweite Ausschreibung des Fernwärmenetzes für den Zeitraum ab dem Jahre 2014 – also nach der gerade begonnenen Legislaturperiode – keinesfalls ein sicheres Instrument, um den Bau des Kohlekraftwerkes Moorburg durch Vattenfall zu verhindern. Die durch die Gewinne gefüllte Portokasse dürfte Vattenfall im Konzessionspoker einen großen Spielraum bescheren.

Das Argument hoher Schadensersatzforderungen durch Vattenfall im Falle eines im Koalitionsvertrag fehlenden deutlichen Bekenntnisses gegen den Bau von Kohlekraftwerken überzeugt nicht. Die Schadensersatzgefahr ergibt sich v.a. aus vorvertraglichen Zusagen des vorherigen CDU geführten Senats. Die Verantwortung – auch in finanzpolitischer Hinsicht – für diese Vorfestlegung muss die CDU und Herr von Beust übernehmen – nicht die Umwelt und nicht die GAL!

Fraglich bleibt auch, wie die im Koalitionsvertrag genannten **Klimaschutzziele** – CO<sub>2</sub>-Reduktion von 40% bis 2020 – erreicht werden sollen. Die genannten Eckpunkte für das künftige Klimaschutzgesetz der Hansestadt dürften dafür selbst bei Verzicht auf Moorburg – was ja derzeit völlig offen ist – nicht ausreichen. Die verkehrsbedingte CO<sub>2</sub>-Zunahme aufgrund der im Koalitionsvertrag festgelegten Autobahnprojekte muss hier in jedem Fall in Rechnung gestellt werden.

Recht unkonkret – im Vergleich etwa zu den Aussagen im Koalitionsvertrag von CDU und FDP in Baden-Württemberg – wird der **Gebäudebereich** behandelt. Ebenso wie die

Aussagen zur Klimapolitik im öffentlichen Bereich wird das aufgelistet, was inzwischen energiepolitischer Mainstream ist.

In der Frage der Sinnhaftigkeit der **Elbvertiefung**, eines der sensibelsten und für die Region folgenreichsten ökologischen Themen, konnte keine Einigkeit erzielt werden, sich die CDU aber dennoch durchsetzen: „Das laufende Planfeststellungsverfahren wird fortgeführt.“ Es ist davon auszugehen: "Die Elbvertiefung kommt in vollem Umfang", wie der CDU-Finanzsenator Michael Freytag bei der Pressekonferenz zur Einigung betonte. Mit Recht haben die Umweltverbände immer wieder darauf hingewiesen, dass es in dieser Frage maßgeblich um die Glaubwürdigkeit grüner Politik geht.

Die im Koalitionsvertrag ausführlich und im direkten Zusammenhang mit der Elbvertiefung beschriebene Errichtung einer Stiftung zur Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe ist keinesfalls Ausdruck eines grünen Verhandlungserfolges. Vielmehr ist dies eine Form von Ausgleichsmaßnahmen. Diese sind gesetzlich bei erheblichen Eingriffen in den Naturhaushalt zwingend vorgeschrieben – egal welche Regierung den Eingriff zu vertreten hat.

Bei der Frage des **Flächenverbrauchs und der Versiegelung** soll es lediglich „einen Rückgang bei der Umwandlung von Kultur-/Naturraum in Verkehrsflächen geben.“ Mehr als die Absichtserklärung einer „Trendumkehr“ konnte hier nicht erreicht werden.

### **Verkehrspolitik**

Mit der sogenannten Hafenquerspange und der A26 werden leider zwei umfangreiche **Straßenbauprojekte** vereinbart. Im Gegenzug führt Hamburg „in der laufenden Legislaturperiode eine moderne **Niederflur-Stadtbahn** ein. Ziel ist die Schaffung eines eigenständigen Netzes in betriebswirtschaftlich sinnvoller Größe (von mindestens 40 km), das die bestehenden Netze ergänzt. Allerdings wird einschränkend darauf hingewiesen: „Ein wichtiger Faktor für die Entscheidung sind die Zuschüsse, die vom Bund im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zu erwarten sind.“

„Die Notwendigkeit und ggf. Durchführbarkeit einer **City-Maut** soll geprüft werden.“

„Die Koalitionspartner einigen auf das Ziel, in dieser Legislaturperiode eine **Umweltzone** insbesondere in Hinblick auf den gewerblichen Verkehr (Schwerlastverkehr, Busse, Taxis, Transporte) einzurichten.“ Moderne und auch ökonomisch sinnvollere Ansätze zur Reduzierung des städtischen Schwerlastverkehrs – etwa durch die Einrichtung von Lieferketten (Beispiel: die Hafenstadt Amsterdam) – finden sich im Koalitionsvertrag allerdings nicht.

### **Innenpolitik**

Anders als die geschäftsführende im Amt verbliebene hessische CDU, hat sich die Hamburger CDU in der Frage des **Abschiebestops für Afghanische Flüchtlinge** bewegt und konnte sich die GAL in den Verhandlungen durchsetzen. Es wurde jedoch, aus unserer Sicht problematisch, auch vereinbart: „Generell ist bei Abschiebungen dem Schutz von Ehe und Familie, insbesondere der Familieneinheit, dadurch Rechnung zu tragen, dass die vollziehbar ausreisepflichtigen Familienangehörigen zusammen abgeschoben werden (...).

**Abschiebungen** zur Nachtzeit kommen nur in Betracht, wenn andernfalls zu erwarten ist, dass die Rückführung vereitelt würde oder nur durch Abschiebehaft durchsetzbar wäre.“ Im Sinne einer humanen und modernen Einwanderungspolitik und des Festhaltens am Grundrecht auf Asyl halten wir dies für einen weiteren Rückschritt hinter unsere Ansprüche.

In den seit dem Mitte-Rechts-Senat sensiblen Fragen der **Videoüberwachung und ordnungsrechtlicher Maßnahmen im öffentlichen Raum** konnte sich die CDU durchsetzen. Es wird am *status quo* festgehalten und lediglich auf Ausweitungen verzichtet.

„Die Vertragspartner stellen fest, dass sie in Bezug auf die Volksinitiative „**Mehr Demokratie** - ein faires Wahlrecht für Hamburg“ unterschiedlicher Meinung sind.“ Der CDU wurde zum Volksentscheid am Tag der Bundestagswahl 2009 sogar die Vorlage eines Gegenentwurfes in der Bürgerschaft zugestanden.

Positiv: „Hamburg strebt eine/n gemeinsame/n Datenschutzbeauftragte/n mit Schleswig-Holstein an“. „Sofern noch nicht vorhanden, sollen in allen Behörden **Datenschutzbeauftragte** ernannt werden.“ Konkrete Vereinbarungen zum Datenschutz wurden jedoch nicht getroffen.

Ebenfalls positiv: Es „wird beim Ersten Bürgermeister eine Zentralstelle für Transparenz und **Bürgerrechte** eingerichtet. Hier hätte jedoch noch klargestellt werden müssen, dass diese auch Rechte und Handlungsbefugnisse eingeräumt bekommt.

**Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus** scheint es nach diese Vereinbarung in Hamburg nicht zu geben. Der Begriff Rassismus taucht zumindest auf, alles weitere jedoch nicht. So gibt es nicht einmal ein Lippenbekenntnis gegen Rechtsextremismus, geschweige denn eine Aussage, wie man sich im Falle von Aufmärschen etc. zu verhalten gedenkt.

### 3. Stellungnahme zum Koalitionsvertrag

Der gesamte Koalitionsvertrag ist auch rhetorisch eher von der Absicht getragen, dass solch ein neues Regierungsbündnis von beiden Verhandlungspartnern gewollt wird, denn von der ernsthaften Absicht in heute zentralen gesellschaftspolitischen Fragen wie Klimaschutz, Umwelt, Soziales, innere Sicherheit vs. Bürgerrechte sowie Bildung konzeptionell schlüssige gemeinsame Lösungen zu finden. **Konservative Grundprinzipien** wie die Subsidiarität im Sozialen, die Familie als „Keimzelle“ der Gesellschaft, Leistungs- und Elitedenken, Ordnungsdanken, Wachstum als Schlüsselkategorie, motorisierter Individualverkehr, das Primat der Ökonomie usw. mussten von der CDU nicht aufgegeben werden, sondern wurden beinahe über die gesamte Länge des Vertrages – mit der Ausnahme des „Schulkompromisses“ – einfach durch grüne Forderungen ergänzt, sehr oft kleinteilige Forderungen, die zudem in der Regel nur einen Prüfcharakter haben. So soll im Vertrag über siebzig mal „geprüft“ werden, „ergebnisoffen“ allerdings nur sechs mal, „wohlwollend“ gar nur zwei mal. Davon, dass sich solch eine **Flut von Prüfaufträgen** in einer CDU-dominierten Verwaltungen brechen würde, ist zudem auszugehen.

Immerhin konnte die GAL drei statt der vorher in der Diskussion stehenden zwei **SenatorInnenposten** durchsetzen.

Gerade die ungewöhnliche Art der **Verhandlungsführung** (entgegen der gängigen und sinnvollen Praxis wurden zuerst die weniger stritten Punkte verhandelt, damit „die Stimmung“ stimmt) weist nicht nur auf den **gewollten „Projektcharakter“** dieser Koalition hin – wohlgemerkt: der schwarz-grünen Koalition an sich, nicht der Konzeptionen und Inhalte –, sie hat auch dazu geführt, dass die GAL eine Fülle „weicher“ Themen setzen konnte (wenn auch zumeist nur als Prüfaufträge), sich in den für Grüne wirklich harten und im Wahlkampf bestimmenden Politikfeldern (Kohlekraftwerk, Elbvertiefung, Schule, Studiengebühren) aber am Ende kaum oder gar nicht durchsetzen konnte. Die Frage, ob eine Hamburger SPD bei etwaigen Koalitionsverhandlungen zu einer großen Koalition gerade bei diesen harten Themen nicht doch mehr hätte durchsetzen können, sollte sich daher ernsthaft stellen. Die Elbvertiefung würde – wie jetzt auch – wohl kommen. Das längere gemeinsame Lernen angesichts des SPD-Programms wohl auch, vielleicht wären es ein paar Jahre mehr geworden. Ob hinsichtlich des Kohlekraftwerkes Moorburg noch weniger als die Durchführung des Genehmigungsverfahrens herauskommen würde, darf bezweifelt werden. Ein offenes Bekenntnis der SPD in Hamburg zu Moorburg dürfte nicht erwartet werden. Zu eindeutig wird Moorburg im SPD-Programm abgelehnt und stattdessen ein Gaskraftwerk gefordert. Das 40%-Ziel ist identisch, die Klimaschutzforderungen der SPD – zumindest im Programm – konkreter als im derzeit vorliegenden Koalitionsvertragsentwurf. Der nun

vorliegende „Schulkompromiss“ und die Straßenbahn gehen zudem auf CDU-Vorschläge zurück (vgl. den Kommentar im Anhang aus der F.A.Z.).

Auffällig im Koalitionsvertragsentwurf ist zudem der erstaunlich spärliche haushaltspolitische Abschnitt (nur zwölf Zeilen!), was für uns die Frage nach dem **Finanzierungsvorbehalt** der vielen kleinteiligen „zu prüfenden“ Projekte ernsthaft aufwirft, zumal „grundsätzlich nur ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung aufgestellt werden sollen.“

Dort, wo im Vertrag Erfolge zu verzeichnen sind (etwa im Bereich der Förderung erneuerbarer Energien, Einstellen des inhumanen kalten Entzugs bei Haftantritt etc.), sollte auch nicht vergessen werden, dass es sich hierbei sehr oft nur um ein **Aufholen einer Entwicklung** handelt, die in anderen vergleichbaren Großstädten bereits vonstatten gegangen ist und die zuvor von der Mitte-Rechts-Regierung von Beust/Schill schlichtweg verschlafen oder verhindert wurde.

Zu guter letzt sollten wir, gerade angesichts des nicht optimalen Verlaufs des Wahlkampfes, gerade die **symbolische Bedeutung** solch eines keineswegs vorbildhaften Vertragsentwurfes für unsere Kern- und Stammwählerschaft nicht unterschätzen. Richard Hilmer von *Infratest dimap* gibt bezüglich Hamburg folgende aktuelle Umfragerwerte an: 50% unserer WählerInnen sprachen sich für Rot-Rot-Grün und 40% für Schwarz-Grün aus, 32% sagen, dass sie es begrüßen würden, wenn Schwarz-Grün endlich mal ausprobiert wird, 60% sehen es als Notlösung, 84% stimmen der Aussage zu, dass Schwarz und Grün nicht zusammen passen.

Die Reaktionen der großen **Umweltverbände** sind leider bereits jetzt negativ. Erfolge im Verlauf einer möglichen Koalition sind angesichts des Fehlens von Gesamtkonzepten in politischen Kernfeldern und mit einem Partner, der offensichtlich von **stark ideologisch geprägten konservativen Grundprinzipien** nicht abzurücken bereit ist, äußerst unwahrscheinlich.

Auch wenn wir hier nicht alle Punkte ansprechen konnten, zeigt sich für uns sowohl aus parteistrategischer als auch aus inhaltlicher Warte sehr deutlich: diese Vertragsvorlage ist **kein Durchbruch** – egal für welche politische Farbkombination sie zur Grundlage dienen würde –, Schwarz-Grün ist **kein Konzept**, diese mögliche Koalition (zumal auf Bundesebene voraussichtlich ohnehin nur in einer Vierer-Konstellation aus CDU/CSU/FDP und GRÜNE zu verwirklichen) somit **kein Modell** für den Bund.

*Grüne Linke*, im April 2008

*Peter Alberts (KV Münster/NRW), Barbara Richter (KV Hagen/NRW), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel/Rheinland-Pfalz), Robert Zion (KV Gelsenkirchen/NRW), Bärbel Maxisch (KV Kassel-Land/Hessen), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen/NRW), Gregor Simon (KV Bergstraße/Hessen), Sven Lehmann (Landesvorstand NRW, KV Köln), Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg/Hessen), Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau/Baden-Württemberg), Richard Janus (RV Wartburgkreis-Stadt Eisenach/Thüringen), Hans-Christian Markert (KV Neuss/NRW) u.a.*

## Schwarz-Grün in Hamburg

# Merkel: Kein Signal für den Bund

Von Frank Pergande, Hamburg



Beust und die Kanzlerin: Schwarz-grüner Coup in Hamburg kein Vorbild für den Bund?

18. April 2008 Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel will eine schwarz-grüne Koalition in Hamburg nicht als Signal für die Bundesebene sehen. Eine Koalition von Union und Grünen im Bund halte sie für „sehr unwahrscheinlich“, sagte Frau Merkel am Donnerstag dem ZDF. Sie werde „auf keinen Fall dafür kämpfen“.

In Hamburg überrascht es derzeit niemanden, wie geräuschlos und dem eigenen Zeitplan folgend die CDU und die Grün-Alternative Liste ihren Koalitionsvertrag ausgehandelt haben. Von Schwarz-Grün ist in der Hansestadt schon ein Jahr lang die Rede. Erst war es nur ein vorsichtiger Versuch, Stimmungen in der Stadt und in den Parteien zu testen. Im Bürgerschaftswahlkampf aber war Schwarz-Grün schon eine realistische Möglichkeit für jeden, der ein wenig rechnen konnte.

Die CDU wusste, dass sie den 2004 erreichten Glücksfall einer absoluten Mehrheit nicht noch einmal schaffen würde. Mit der SPD, der jahrzehntelang bekämpften Macht in Hamburg, aber wollte die Partei nicht zusammengehen. Den Grünen wiederum war klar, dass es für Rot-Grün nicht reichen würde, wenn die Linkspartei in die Bürgerschaft einzieht. Die Grünen wollten sich aber nicht auf ein Bündnis mit der Linkspartei einlassen, so dass Rot-Rot-Grün überhaupt nur einmal gleich nach der Wahl und sehr kurz in Erwägung gezogen wurde. So blieb also auch für die Grünen nur die CDU als Partner.

### Zum Thema

Kommentar: Beust am Ziel  
Berlin blickt nach Hamburg:  
Schwarz-Grün auch im Bund?  
Hamburg: CDU und Grüne  
einigen sich auf  
Koalitionsvertrag  
Schwarz-Grün in Hamburg:  
„Wir sind richtig gut“  
Kommentar: Grüne bereit für  
neue Konstellationen

### Distanzierung von der CDU nützte nichts

Allerdings machte die GAL eine niederschmetternde Erfahrung. Je häufiger von Schwarz-Grün die Rede war, je mehr das Modell gelobt wurde als ein Aufbrechen der alten politischen Lager, desto schlechter wurden für die Partei die Umfragewerte.

Die Parteiführung beschloss noch schnell vor der Wahl, auf keinen Fall eine Koalition mit der CDU einzugehen. Für das Wahlergebnis hat das nichts mehr genützt. Die GAL, die Zweistelligkeit gewohnt war, kam bei der Wahl am 24.

Februar nur noch auf 9,6 Prozent der Stimmen. Hatte die Distanzierung von der CDU im Wahlkampf nichts genützt, so bekamen die Grünen nach der Wahl noch ein Problem damit: Wie sollte den eigenen Leuten erklärt werden, dass es nun mit der CDU gar nicht schnell genug gehen konnte?

### Eine Zerreißprobe

Wie sehr die Partei unter Druck geriet, ja geradezu in eine Zerreißprobe, das war auf einer ersten Mitgliederversammlung zu spüren, als es allein um die Frage ging, ob man Sondierungsgespräche mit der CDU führen wolle oder nicht. Was umgekehrt die CDU wollte, war sofort nach der Wahl schon an Äußerlichkeiten erkennbar.



Ein historisches Bündnis: Christa Goetsch, Anja Hajduk, Michael Freytag und Ole von Beust im Kaisersaal des Hamburger Rathauses

Die Sondierungsgespräche mit der SPD dauerten nicht einmal zwei Stunden, die Gespräche mit den Grünen immerhin einen ganzen Tag. Die CDU war gut vorbereitet darauf. Nicht nur hatte sie soeben einen neuen Parteivorsitzenden, Finanzsenator Michael Freytag, gewählt, der die Partei beinahe einfülsam auf die Grünen vorbereitete.



Auch im Gespräch mit der GAL selbst wusste die CDU, worauf es ankommt. Bürgermeister Ole von Beust und Freytag unterbreiteten Vorschläge, die selbst den redengewandten führenden Grünen erst einmal die Sprache verschlugen. Es gab nichts, was die CDU nicht für verhandelbar hielt, nicht die Elbvertiefung, auch nicht das Kraftwerk Moorburg.

Die CDU machte von sich aus den Vorschlag, über eine sechsjährige Grundschule, die nun zu einer Primarschule werden soll, zu sprechen, über eine Straßenbahn in Hamburg oder über die Schließung der in die Kritik geratenen Geschlossenen Unterbringung für kriminalitätsgefährdete Jugendliche in der Feuerbergstraße.

### Vertrauensbildende Maßnahmen

Als die Führung der Grünen das am 6. März den Mitgliedern auf einer abermaligen Mitgliederversammlung vortrug, war die Sache schon gewonnen: Ja, wir verhandeln mit der CDU. Noch vor Ostern begannen die Gespräche. Knapp sieben Wochen lang wurde verhandelt.



Von Beust mit Christa Goetsch: Schwarz-Grün einfülsam vorbereitet

Eine Woche war die CDU der Gastgeber im Elysee-Hotel, in der folgenden Woche die GAL, die in das Goethe-Institut am Hühnerposten einlud. Die Stimmung war von Anfang an gut. Zwölf Runden gab es und nach jeder eine kurze, nichtssagende Stellungnahme. Rekord waren dabei einmal neunzig Sekunden.

Hinter diesem Spiel verbarg sich eine erste vertrauensbildende Maßnahme beider Seiten. Von den Gesprächen sollte nichts nach draußen dringen, um in Ruhe verhandeln zu können. Ein ernsthafter, also die Koalition gefährdender Streitpunkt wäre mit Sicherheit an die Öffentlichkeit gelangt.

Es gab also offenbar keinen. Beide Seiten hielten ihr Versprechen der Vertraulichkeit. Natürlich gab es in diesen mehr als 100 Stunden Verhandlung gute und schlechte Tage. Die Herren von der CDU wirkten stets gleich temperiert. Den Damen von den Grünen – der

Landesvorsitzenden Anja Hajduk und der Fraktionsvorsitzenden Christa Goetsch – indes war hin und wieder anzusehen, wenn sie genervt oder erschöpft waren.

### **Letzte Streitpunkte geklärt**

Am Schluss hatte man wirklich den Eindruck, Christa Goetsch gehört schon irgendwie zum Bürgermeister, und Frau Hajduk, die zukünftige Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, könne sich mit Senator Freytag, für den einst diese „Superbehörde“ geschaffen wurde, bevor er Finanzsenator wurde, besonders gut verstehen.

Die vier klärten am Mittwochvormittag die letzten Streitpunkte. Es waren die, die von Anfang an bestanden, also die Elbvertiefung und das Steinkohlekraftwerk Moorburg. Bei der Elbvertiefung setzte sich zwar die CDU durch. Aber im Gegenzug soll es einen Umweltausgleich in Form eines „ökologischen Fonds“ geben. Mit Moorburg ist es ein wenig ausgegangen wie beim Hornberger Schießen. Das Genehmigungsverfahren für Vattenfall läuft weiter. Zuständig wird jetzt allerdings dafür eine Gegnerin des Vorhabens, eben Frau Hajduk. Zugleich soll es eine europaweite Ausschreibung geben für ein Gaskraftwerk.

### **Intellektuelle Strenge, mütterliche Freundlichkeit**

Der Koalitionsvertrag ist seit Donnerstag fertig. In den nächsten Tagen wird er nun von beiden Seiten noch einmal hin und her gewendet. Am 27. April, einem Sonntag, will die Mitgliederversammlung der Grünen entscheiden.

Dann ist die pfiffige Parteitagsregie noch einmal gefordert: die intellektuelle Strenge von Frau Hajduk, die mütterliche Freundlichkeit von Frau Goetsch und die lebenskluge Frechheit der Bundestagsabgeordneten Krista Sager, die auch schon mal Senatorin in Hamburg unter Rot-Grün war. Moorburg bleibt für die GAL ein Stolperstein. Aber die Grünen-Führung wird ihrer Basis klarmachen: Vattenfall kann das Kraftwerk gegen die Grünen auf keinen Fall bauen. Einen Tag nach der GAL entscheidet der Landesausschuss der CDU, der sogenannte kleine Parteitag, über das Koalitionspapier. Sagen die Grünen ja, wird es in der CDU keinen Widerstand mehr geben.

#### **Was im Koalitionsvertrag steht:**

Zum Thema Steinkohlekraftwerk Moorburg gibt es eine politische Willenserklärung für ein **Gaskraftwerk**, dessen Bau europaweit ausgeschrieben werden soll. Das Genehmigungsverfahren für das Vattenfall-Kraftwerk läuft aber zunächst weiter.

**Die Elbvertiefung kommt** - wenn die anderen Elbanrainer zustimmen. Im Gegenzug sollen Mittel für ein Ausgleichsprogramm bereitgestellt werden, also eine Art ökologischer Fonds.

Künftig werden die Hamburger Kinder **sechs Schuljahre** lang gemeinsam lernen statt bisher vier. Das soll dann Primarschule heißen, die in drei Varianten angeboten wird. Das letzte Jahr in der Kindertagesstätte wird unentgeltlich. Die Kinderbetreuung insgesamt wird ausgebaut.

Die **Ortsumgehung Finkenwerder** und die **Autobahn 26** werden gebaut. Außerdem soll Hamburg wieder eine Straßenbahn bekommen. Die Grünen geben dafür ihren Widerstand gegen die U-Bahnlinie 4 auf.

Die **Hochschulgebühren** werden von derzeit 500 Euro auf 375 Euro gesenkt und erst nach dem Studium erhoben - bei einem Jahreseinkommen von mindestens 30 000 Euro.

Die Geschlossene Unterbringung in der Feuerbergstraße wird geschlossen.

Der **soziale Wohnungsbau** wird wiederbelebt.

Offenbar gab es am Donnerstag noch Streit zwischen den künftigen Partnern über die Besetzung der Senatorenposten. Die **Grünen** werden auf alle Fälle **drei Senatoren** stellen. Die Landesvorsitzende Anja Hajduk übernimmt das Ressort Stadtentwicklung und Umwelt, die Fraktionsvorsitzende Christa Goetsch wird Bildungsministerin.

Unklar war zunächst, ob ein Grüner Justiz- oder Wissenschaftssenator wird. In ihren Ämtern bleiben Michael Freytag, Landesvorsitzender der Hamburger CDU, als Finanzsenator sowie Udo Nagel als Innensenator und Karin von Welck als Kultursenatorin (beide parteilos). Axel Gedaschko (CDU) wechselt von der Stadtentwicklung in das Wirtschaftsressort.

Neuer Sozialsenator soll der bisherige Staatsrat Dietrich Wersich (CDU) werden. Frau Hajduk wird als Senatorin das Genehmigungsverfahren für das Steinkohlekraftwerk Moorburg verantworten

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: ddp, dpa, Jesco Denzel

#### Lesermeinungen zum Beitrag [6]

[Beitrag kommentieren](#)

Verhandelbar 18. April 2008, 09:20 

Willenserklärung 18. April 2008, 05:34 

Ich denk mal 18. April 2008, 00:08 

FAZ.NET-Mobil

Wir liefern Ihnen Nachrichten, Services und personalisierte Börsenfunktionen direkt auf Ihr Handy. Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.faz.net/mobil](http://www.faz.net/mobil)

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2008  
Dies ist ein Ausdruck aus [www.faz.net](http://www.faz.net).